

Szenario

**„Konzentration auf den Kern“**

Was sich schon lange in ganz West- und Mitteleuropa – wie etwa bereits zur Jahrtausendwende in der BRD – abgezeichnet hat, ist nun auch in Linz Realität geworden: Die zunehmende Budgetknappheit bei gleichzeitig steigender KundInnenerwartung und Aufgabenvielfalt zwingt die Stadt zu Veränderungen der Verwaltungsstruktur und zu einer Konzentration ihrer Kräfte. Die Stadt zieht sich auf ihre Kernkompetenzen und Gewährleistungsfunktionen zurück. Das Dienstleistungsangebot wird – Stichwort „Gewährleistungsverwaltung“ – zu großen Teilen an externe Leistungsanbieter ausgelagert. Bei der öffentlichen Hand als Auftraggeber verbleibt der politisch-administrative Steuerungskern. Die Stadt versteht sich als Garant für die Daseinsvorsorge, schafft entsprechende Rahmenbedingungen und konzentriert sich auf die Steuerung von Angeboten sowie auf die Qualitätssicherung dort, wo Marktmechanismen versagen. Es besteht allerdings die Gefahr, dass die Stadt durch ein zu weitgehendes Outsourcing stark an politischen Einflussmöglichkeiten verliert. Die Stadt engagiert sich verstärkt im Stadtmarketing und schafft neben Bürgerservicestellen und One-Stop-Agencies auch Einheiten, die Investitionen für wirtschaftliche, soziale und Wohnbauprojekte erleichtern („Investorenbüro“). In raumplanerischer Hinsicht achtet das Investorenbüro auf bestmögliche Raumnutzung (etwa auf einen besseren Branchenmix in Landstraße und Altstadt) sowie auf die möglichst harmonische Koexistenz von Betrieben und Wohngebieten. Auch die Überwachung der Umsetzung von Planungszielen zählt zu seinen Aufgaben. Der Speckgürtel rund um die Stadt wird als gegeben angenommen und akzeptiert – mit allen Folgen für Verkehr und Infrastruktur.

## I. Rahmenbedingungen

### Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Wirtschaft haben die Entwicklungen der letzten Jahre zahlreiche neue Möglichkeiten eröffnet. Für die private Wirtschaft entstehen neue Betätigungsfelder vor allem im Dienstleistungssektor (von der Müllabfuhr und Reinigungsdiensten, Facility Management, Pflegedienste bis hin zu EDV-Dienstleistungen). Ein Stadtmanager bildet einen One-Stop-Shop für Unternehmen, der die notwendigen administrativen Angelegenheiten der Firmen bündeln hilft und damit wesentliche Erleichterungen im Kontakt mit den Behörden ermöglicht. Investitionen in wirtschaftliche, soziale und Wohnbauprojekte werden vom städtischen „Investorenbüro“ erleichtert und begleitet.

Neue Betätigungsfelder für die Wirtschaft durch Outsourcing

Insgesamt setzt sich der Trend fort, für die Wirtschaft weniger Regularien durch die öffentliche Hand vorzugeben. Dadurch ist ein prosperierendes Klima für wirtschaftlichen Aktivismus und Eigeninitiative entstanden. Die Wirtschaft selbst nutzt – teilweise relativ kurzfristig – die neuen Nischen, die sich sowohl regional als überregional als sinnvoll und Gewinn bringend erweisen. In diesem Milieu werden traditionelle Branchen und produzierende Unter-

Insgesamt weniger Regularien durch die öffentliche Hand

nehmen im klassischen Sinn immer weniger, oder sie modernisieren sich radikal und fokussieren auf Nischenprodukte. Produzierende Unternehmen verstärken auf der einen Seite ihre Dienstleistungsangebote – längst wird nicht mehr nur ein Produkt verkauft, sondern mit dem Produkt auch längerfristig Service, Wartung und Beratung. Auf der anderen Seite gliedern Großbetriebe analog zur öffentlichen Verwaltung diese und ähnliche Dienstleistungen aus. Dadurch entsteht eine zweite, zusätzliche Chance für Unternehmensgründungen.

### **Stadtflucht und Verkehrsinfarkt**

Trotz Staus hohe Individualverkehrsrates

Ebenfalls überaus dynamisch gestaltet sich die Entwicklung in den Bereichen Wohnen und Verkehr. Auf Grund sogenannter weicher Faktoren – wie z.B. besserer Lebensqualität durch reinere Luft und weniger Lärmbelastung – sowie wegen günstigerer Grundstückspreise in den Linzer Umlandgemeinden, gibt es bis etwa 2010 einen Trend der LinzerInnen zur Stadtflucht hinaus an den Stadtrand in ein Eigenheim im Grünen. Dies bedingt eine ständige Abnahme der Linzer Bevölkerung sowie – damit zusammenhängend – der kommunalen Steuereinnahmen und natürlich auch einen Abfluss der Kaufkraft aus der Landeshauptstadt. Innerhalb der Stadt kommt es zu einer Abnahme der Lebensqualität vorzugsweise durch Verkehrsstaus, im ländlichen Stadtrandbereich zu unkoordinierter Zersiedelung. Staus treten vor allem zu den Tagesrandzeiten an allen Stadteinfahrten und auf den Verkehrshauptachsen auf. Diese Negativentwicklungen werden von den Betroffenen allerdings weitgehend hingenommen, weil das Auto als Privatraum und quasi als „Oase“ empfunden sowie als Arbeitsraum genutzt wird.

Gegensteuerung durch geförderten Wohnungsbau

Die Stadt versucht diesen Tendenzen gegenzusteuern, indem trotz der allgemeinen Liberalisierungstendenzen der städtische Anteil an der GWG gehalten wird und nach wie vor öffentlich geförderter Wohnbau betrieben wird, um auch den sozial schwachen Bevölkerungsteilen leistbare Wohnungen anbieten zu können. Dies wird erschwert dadurch, dass sich der Bund zur Gänze aus der Wohnungsförderung zurückgezogen hat und auch die Länder aufgrund dessen ihre Förderungsleistung stark reduziert haben.

Urbane Subzentren in Randgemeinden

Die relativ ungeplante Zersiedelung führt zu so genannten „Ausfransungen“ an den Stadträndern. Wegen fehlender Kooperation mit den Umlandgemeinden kann Linz auch keinen Einfluss auf die Raumplanung im Umfeld der Stadt nehmen. Die Folgen sind eine weitgehend unkontrollierte Entwicklung im Großraum Linz sowie eine Herausbildung urbaner Subzentren in einzelnen Randgemeinden wie Pasching oder Leonding (Einkaufszentren, Gewerbe- und Industriebetriebe). Die Tendenz geht dahin, dass High-Level-Betriebe (welche ein hohes Ausbildungsniveau ihrer MitarbeiterInnen verlangen) eher in Linz verbleiben, Low-Level-Betriebe mit vielen, aber weniger gut ausgebildeten MitarbeiterInnen und hohem Bodenflächenbedarf wandern eher in die Umlandgemeinden ab.

Der Schwerpunkt der Verkehrsinfrastruktur verlagert sich dadurch auch hin

zum Individualverkehr und wird weitgehend unkoordiniert ausgebaut. Sind Umwelt- und Klimaschutz in Fachkreisen zwar ein Thema, gelingt in dieser Frage aber weder ein politischer Konsens noch eine Sensibilisierung breiter Bevölkerungsschichten. Der Leidensdruck für alle Betroffenen – vor allem für die AnrainerInnen an den Hauptverkehrsstraßen – nimmt weiter zu.

## II. Folgen für die Stadtverwaltung

### Kooperationen Wirtschaft – Forschung – Stadt Linz

Aufgrund der Budgetknappheit der öffentlichen Hand beginnen zudem die Unternehmen, selbst tätig zu werden. Sie bewegen sich dabei zwischen Paternalismus und Sponsorship. Sie finanzieren Auftragsforschung, Stiftungslehrstühle und Stipendien an den Linzer Universitäten, die dem Bedarf der Wirtschaft nach einschlägiger praxisnaher Ausbildung entgegenkommen. Außerdem versucht die Wirtschaft in Eigeninitiative den Arbeitsmarkt zu steuern und ermöglicht vermehrt Zusatzausbildungen in ihren Betrieben. Durch die Aktivitäten der Betriebe kommt es zu einer Art Konferenztourismus, der die heimische Gastronomie und Hotellerie belebt. In diesem stark profitorientierten Klima entstehen auch vermehrt Bewegungen der ArbeitnehmerInnen, die sich organisieren und ein stärker regulierendes Eingreifen der öffentlichen Hand fordern (Solidarisierungsbestrebungen der Arbeitnehmer).

Aktive Wirtschaft finanziert Auftragsforschung und Stipendien ...

... und versucht in Eigeninitiativen den Arbeitsmarkt zu steuern

Neben diesen Entwicklungen setzt der internationale Trend der wissensbasierten Gesellschaft mit dem Internet sowie neuen Medien und Technologien neue Maßstäbe. Die Wirtschaft erkennt, dass sie intensive Kooperationen mit der Forschung eingehen muss, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Gründerzentren bzw. Inkubatoren im Bereich Software Engineering oder neue Werkstoffe entstehen, in denen neue wirtschaftliche Betätigungsfelder auf dem Markt getestet werden. Dieses experimentelle Klima wirkt selbstverstärkend und schafft in einigen Sparten eine Dynamisierung.

### „Mut zur Lücke“ oder Reduzierung der Stadt auf die Kernaufgaben

Die schwierigen (v.a. finanziellen) Rahmenbedingungen haben seit dem Zeitpunkt, als offensiv mit der Krise umgegangen wurde, zu beachtlichen Effizienzsteigerungen und überraschenden Kooperationslösungen geführt. Dennoch kann nicht übersehen werden, dass eine weitere Verengung der Spielräume dadurch kaum mehr aufzufangen ist und die Stadt zwingen würde, sich noch stärker auf unmittelbare Daseinsfürsorge zu reduzieren. Der „Mut zur Lücke“ ist längst eine gängige politische und organisatorische Tugend geworden. Die Politik hat diesen Mut aufgebracht und verzichtet zugunsten einiger klarer Schwerpunkte – mit denen sich Linz internationale Reputation zu erwerben sucht – auf die vollständige Bandbreite des gewohnten städtischen Angebotes.

Stadt verzichtet auf vollständige Bandbreite des städtischen Angebotes

Effizienzsteigerung und Reduktion auf Daseinsfürsorge

Die Stadt tut was sie muss, ermöglicht was sie kann

Die Stadt wird zum reinen Gewährleister der Daseinsvorsorge: Statt die offensive Strategie („bürgerInnenfreundliche/aktive Stadt“) zu wählen, gilt das Hauptaugenmerk der Ausgaben senkung im städtischen Etat. Dies auch, weil öffentliche Körperschaften, gleich welcher föderalen Ebene, im Gefolge der verstärkten Globalisierung generell in einer Art wirtschaftspolitischer Konkurrenz mit Privatunternehmen stehen und deshalb auch die Auffassung von der Notwendigkeit einer Anpassung in Richtung Flexibilisierung, Deregulierung und Privatisierung übernehmen (müssen/wollen). Diese Entwicklung ist problematisch, weil Einstellung und Verhaltensweisen der Bevölkerung zu gemeinschaftlichen Anliegen stärker in Richtung Konkurrenz- und Leistungsgesellschaft und eher weg von Kooperations- und Solidaritätsdenken gehen „Zeitalter der Individualisierung“).

Gefahr des „Digital Divide“

Zudem besteht ein Trend zu einer (digital bewirkten) sozialen Spaltung der Gesellschaft in mehr und weniger flexible und belastbare WirtschaftsteilnehmerInnen, in GewinnerInnen und VerliererInnen der neuen Technologieanwendungen („Digital Divide“). Technik- und Bildungsbegeisterung steht residualer Technik- und Bildungsfeindlichkeit gegenüber. Erschwerend für die effiziente städtische Leistungserstellung (auch, aber nicht überwiegend im Monitoring-Bereich) wirkt sich der Umstand aus, dass e-Government noch nicht voll ausgebaut ist; gerade auf der Nachfrageseite ergeben sich dafür wegen der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung und der residualen Technikfeindlichkeit Übergangsprobleme.

Liberalisierungstrend und Kernkompetenz

Durch den generellen Liberalisierungstrend ist es bedeutend und notwendig geworden, dass die Stadt zumindest ihre Position im Kernbereich städtischer Aufgabenerfüllung bewahrt und ihre Aufgaben dort effizient – zweckmäßig, effektiv und kostenwirtschaftlich – erfüllt. Der Rückzug auf die städtischen Kernpositionen bedeutet die Verantwortlichkeit für die Realisierung der sozial- und wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen (z.B. soziale Zumutbarkeit, qualitative Mindeststandards, Versorgungsdichte, Wohlstandsverteilung, Armutsvermeidung) zu behalten und selbst mit den nunmehr verkleinerten Budgets nach Möglichkeit ebenso gut wahrzunehmen wie bei reichlicherer Ressourcenausstattung. Dieser wohlfahrtsökonomisch begründete Anspruch verlangt von der Stadt, das Problem der öffentlichen Ressourcenverknappung nicht nur durch eine reine Konzentration auf den Bereich der Hoheitsverwaltung zu lösen, sondern er zwingt die Stadt auch dazu, die Gefahr von Unterlassungen und Effizienzmängeln beim Monitoring (der Planung, Koordination, Kontrolle, Steuerung und Systemverbesserung des Outsourcings) zu minimieren. Eine ineffiziente Umsetzung der Wirtschaftspolitik würde nämlich eine weitere Verstärkung der Forderungen nach einer Reduzierung des Staatseinflusses und der öffentlichen Budgets nach sich ziehen. Folglich muss die Stadt den externen DienstleisterInnen Richtlinien vorgeben, die klar, bewertbar, vergleichbar und konkurrenzfördernd sind.

Konzentration auf die Hoheitsverwaltung und ...

... Vergabe von Richtlinien

Unter dem durch Globalisierung im Verein mit Liberalisierung wesentlich verschärften (Kosten-)Wettbewerb zwischen den Unternehmen ergibt sich nämlich für so manche von ihnen die Bereitschaft oder der Zwang, nach akqui-

riertem Auftrag das vereinbarte Qualitätsniveau möglichst unmerklich zu reduzieren, um Kosten zu sparen. Der externe Anbieter kann in erster Linie an der kurzfristigen Maximierung seiner Gewinne interessiert sein. Im Fall städtischen Outsourcings erfordert das die Verbesserung der Intensität und Qualität des Monitorings. Auch mögliche neue Datenschutzprobleme tauchen auf, zumal private AnbieterInnen manchmal weniger Augenmerk auf die im öffentlichen Sektor üblichen Datenschutzmaßnahmen legen.

Outsourcing: Intensität und Qualität des Monitorings

Die Stadt bemüht sich daher soweit wie möglich, die kommunalen Dienstleistungen in privatrechtlicher Form zu erbringen: es sind daher viele Aufgaben (vor allem die Erhaltung der Infrastruktur) an die Linz AG abgegeben worden. In den ausgegliederten Unternehmen ist nämlich durch Sitz und Stimme eines(r) städtischen Vertreters/Vertreterin in einem Aufsichtsgremium sichergestellt, dass die strategischen Entscheidungen, die auf politischer Ebene fallen, auch tatsächlich umgesetzt werden, was im Sinne des Modells der gewährleistenden Stadt liegt. Aber auch die Linz AG ist gezwungen, sich auf ihr Kerngeschäft zu beschränken und deshalb Aufgaben an Dritte weiterzugeben. Wenn es möglich ist, werden hier Partner bevorzugt, an denen eine städtische Beteiligung besteht bzw. wird eine solche hergestellt, um ein Mindestmaß an Einfluss zu behalten. In vielen Bereichen geht die Linz AG auch größere Partnerschaften ein, was den direkten Einfluss der Stadt auch schmälert.

Die Stadt versucht, ihren Einfluss auf die Dienstleistungserbringer zu behalten

Trotz aller Versuche der Gegensteuerung können manche Bereiche die Anforderungen der KundInnen nicht mehr wie gewohnt erfüllen. Verantwortlich für den Qualitätsverlust: Unzureichende Qualitätsdefinitionen bzw. Qualitätseinforderungen seitens der öffentlichen Hand und die zunehmende Verengung des Marktes, auf dem viele Betriebe nur kurzfristig überleben. Unternehmen, die im Zuge der Outsourcing-Prozesse Leistungen der öffentlichen Hand übernommen haben, können die vereinbarten Leistungen nicht immer erbringen.

Die Anpassung der Organisationsformen im kommunalen Sektor an die neue Art der wirtschaftspolitischen Aufgabenerfüllung stellt eine noch größere Herausforderung dar. Hier ändert die Stadt nicht nur Rechtsformen oder flacht Hierarchien ab, sondern realisiert durch vorgängige Kalküle und Kontrolle Steigerungen der wirtschaftspolitischen Effizienz. So sind Alibimaßnahmen ausgeschlossen. Der Aktivitätsgrad der Stadt Linz lässt sich an der Anzahl städtischer MitarbeiterInnen ablesen, deren Anzahl sich im Jahr 2010 auf 1.000 beläuft – der geschrumpfte Aufgabenumfang und der höhere Grad an Outsourcing machen es möglich.

Anpassung der Organisationsformen

### **Effizienzsteigerung durch Verwaltungsreform**

Die tiefgreifenden Veränderungen aber haben längst auch andere gesellschaftliche Bereiche erfasst: Lange Zeit scheinen die mühsam aufgebauten Profile (Technologiestadt, Kulturstadt, Sozialstadt) gefährdet. Ist der drohende Verlust zwar immer noch nicht gebannt, sieht es aber doch so aus, als

Krise als Chance

könnte Linz im Vergleich zu anderen Kommunen besser mit dem Wandel umgehen. Das kann darauf zurückgeführt werden, dass schon in den 90er Jahren unter dem Schlagwort „New Public Management“ Reformen der Verwaltung und Auslagerungen von städtischen Aufgaben durchgeführt wurden. Zusätzlich hat die Stadt mehr als anderswo strategische Anstrengungen unternommen (Sozialplan, Kulturentwicklungsplan ...) und die Bevölkerung dabei stärker als üblich eingebunden. Zuletzt haben sich die LinzerInnen an der Formulierung von Zukunftsszenarien für die Stadt beteiligt. Die erst kürzlich bestellte neue Magistratsdirektorin hat es zudem geschafft, innerhalb der Stadtverwaltung ein Bewusstsein dafür zu schaffen, die Krise auch als Chance zu sehen.

Breite öffentliche Diskussion über Kernaufgaben

Der Politik ist es nach schweren Verwerfungen am Anfang gelungen, eine breite Diskussion darüber zu führen, welche Aufgaben als sogenannte Kernaufgaben gesehen und außer Diskussion gestellt werden sollen. Die Parteien sind überein gekommen, dass es sich dabei keineswegs nur um gesetzlich vorgeschriebene Pflichtaufgaben handeln kann, sondern eine politische Einigung erforderlich ist. Das hat die notwendigen Reduzierungen und Einschnitte nicht schmerzfrei gestellt, aber doch einen gewissen Grundkonsens in der Bevölkerung befördert.

Neben der (bereits in den 90er Jahren gegründeten) Linz AG und der GWG existiert mittlerweile eine Kulturholding (übrigens mit starker finanzieller Beteiligung von Betrieben und privaten Kultursponsoren).

Nicht alles aber lässt sich durch private Sponsoren kompensieren. Schon seit 2005 sieht sich die Stadt Linz mit kleiner werdenden Budgets bei gleichzeitig steigenden Erwartungen der BürgerInnen konfrontiert. Immer mehr Aufgaben (Polizeiwesen, Notstandshilfe, Landesumlage...) werden den Kommunen vom Bund – ohne finanzielle Bedeckung – übertragen. Gleichzeitig gehen durch Steuerreformen auf Bundesebene die Einnahmen der Kommunen dramatisch zurück. Vor diesem Hintergrund wird das gesamte Aufgabenspektrum der Stadt Linz – insbesondere auch im Gesundheits- und Sozialbereich – einer kritischen Analyse unterzogen.

### III. Soziale Folgen für die Bevölkerung

#### Kinderbetreuung

Vermehrt werden ganztägige Betreuungsformen angeboten. Abhängig von ihrer Einkommenssituation leisten die Eltern allerdings einen Kostenbeitrag zur Kinderbetreuung bis hin zur Deckung der Vollkosten für einkommensstarke Familien. Das führt dazu, dass sozial schwache Familien und insbesondere Alleinerzieherinnen dieses Angebot nicht annehmen können (abgesehen von den Nutznießern des Nulltarifes), da auch die sozial gestaffelten Tarife für viele nicht leistbar sind. Diese Gruppe kann sich daher nicht im gewünschten Ausmaß am Arbeitsmarkt einbringen. Gleichzeitig verstehen

Vermehrt ganztägige Schulformen gegen Kostenersatz

sich aber Kindergarten und Hort als Teil des Bildungssystems, die den Schulintritt wesentlich erleichtern sollen. Im Hort wird der Schulunterricht ergänzt und soll so zu einem höherem Bildungsniveau beitragen. Nach der Volksschule bieten die Schulen (gegen sozial gestaffelte Kostenbeteiligung der Eltern) ganztägige Schulformen an, um allen Kindern grundsätzlich gleiche Lernmöglichkeiten zu bieten.

### **Betreuung der Senioren**

Die Versorgung älterer und/oder pflegebedürftiger Menschen wird von der Kommune angeboten. Wo dies nicht möglich ist, wird sie zumindest organisiert und zugekauft. Diese Versorgung wird zunächst mobil angeboten. Erst, wenn eine mobile Betreuung nicht mehr reicht, erfolgt sie stationär in SeniorInnen-Pflegeheimen. Die Regelung, wonach Angehörige zu Kostenersatz verpflichtet sind, wenn sie in den letzten fünf Jahren vor Heimeintritt Vermögen vom pflegebedürftigen älteren Menschen erhalten haben, wird konsequent umgesetzt; allenfalls wird sie zeitlich ausgedehnt. Von einem Kostenersatz für den laufenden Betrieb durch Kinder wird auch in Zukunft abgesehen.

### **Medizinische Versorgung**

Auf die medizinische Versorgung im Krankheitsfall hat jeder Mensch unabhängig von Einkommen und Vermögenssituation wie bisher Anspruch. Nur: Reine Maßnahmen zur Erhöhung der Lebenszufriedenheit wie etwa medizinisch nicht indizierte kosmetische Operationen (Ausnahme: Krankheit) gehören nicht mehr zu den öffentlich finanzierten Kernleistungen. Wo es wenig therapeutische Perspektive gibt, werden aufwändige diagnostische Verfahren zunehmend zurückgefahren – oder durch den Einzelnen selbst finanziert.

Vorbeugende Maßnahmen liegen mehr als bisher in der Verantwortung des Einzelnen. Wer diese Verantwortung nicht ausreichend wahrnimmt und deshalb in der Folge erhöhte Kosten für den Sozialversicherungsträger verursacht, muss höhere Versicherungsbeiträge abführen. Risikogruppen (RaucherInnen, RisikosportlerInnen, Übergewichtige etc.) wird grundsätzlich ein erhöhter Sozialversicherungsbeitrag in Rechnung gestellt.

Vorbeugende gesundheitliche Maßnahmen verstärkt in der Verantwortung des Einzelnen

### **Verfestigung der sozialen Unterschiede**

Insgesamt wird sozialen Randgruppen dort, wo es einen gesetzlichen Auftrag gibt, geholfen, ihren Lebensunterhalt auf niedrigem Niveau zu bestreiten. Dadurch werden soziale Unterschiede gefestigt; die Chancen zum Überwinden sozialer Schwellen und kritischer Lebenssituationen sind gering. Kindern und Jugendlichen, die aufgrund familiärer Probleme auf Hilfe durch die öffentliche Hand angewiesen sind, wird erst bei physischer und/oder psychischer Bedrohung geholfen. Soziale Unterschiede aufgrund des sozialen Milieus, in das man geboren wird, werden zur Kenntnis genommen. Staat und Stadt bieten keine Unterstützung bei der Förderung von Chancengleichheit.

Angespannte  
Arbeitsmarkt-  
situation

Allgemein wird der angespannten Arbeitsmarktsituation durch eine Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen einerseits und durch die Überführung der Notstandshilfe in die Sozialhilfe andererseits begegnet. So werden Arbeitslose auch auf weniger qualifizierte Jobs vermittelt, gleichzeitig wandern die „Nicht-Vermittelbaren“ in die Sozialhilfe. Dort wird aufgrund der knappen Mittel im Bereich der Arbeitsmarktpolitik nicht mehr genügend Unterstützung durch Bildungs-, Umschulungs- und Betreuungsmaßnahmen geboten. Für viele wird ein Wiedereinstieg ins Berufsleben zunehmend unwahrscheinlich.

Durch die Zunahme der Sozialhilfe-EmpfängerInnen zum Beispiel – Menschen mit leichten Leistungseinschränkungen finden keine Arbeitsplätze mehr – steigt wiederum die Budgetbelastung der Stadt.

## IV. Auswirkungen auf weitere Lebensbereiche

### Bildungsbereich

Konstituierung  
eines Linzer Bil-  
dungsrates

Die letzten Jahre waren im Bildungsbereich von ständigen Versuchen der Netzwerk- und Clusterbildung und vom Aufbau neuer Kooperationen gekennzeichnet. So notwendig und auch wirtschaftlich sinnvoll diese Versuche waren und sind – die gleichzeitig bestehenden Konkurrenzverhältnisse zwischen den verschiedenen Bildungseinrichtungen schaffen schwierige Rahmenbedingungen. In wenigen Wochen geht nun die Konstituierung des „Linzer Bildungsrates“ über die Bühne. Und zwar aus symbolischen Gründen im „Wissensturm“, der seit einigen Jahren erfolgreich in Betrieb ist. In diesem Bildungsrat sind alle wichtigen gemeinnützigen und öffentlichen Bildungseinrichtungen vertreten, die in Linz tätig sind. Der Bildungsrat ist als Kommunikations- und Kooperationsplattform der Bildungseinrichtungen selbst und zur Beratung der Politik in der Gestaltung von Linz als Bildungsstandort gedacht.

Im klassischen Bildungsbereich selber haben die beschriebenen Rahmenbedingungen und die damit einhergehende Ökonomisierung die Bildungseinrichtungen gezwungen, eine konsequente Nachfrage-Orientierung zu betreiben und sie mit einer klaren Konzentration auf strategisch definierte Kernbereiche zu verbinden, um Effektivität und Effizienz zu steigern.

Zunehmende Öko-  
nomisierung: Bil-  
dungskosten auf  
NutzerInnen über-  
gewälzt

Die Tendenz zur Ökonomisierung hat dazu geführt, dass Bildungskosten in einem höheren Ausmaß auf die NutzerInnen übergewälzt werden. Die Stadt versucht den unerwünschten Folgen dieser Tendenz (der Marginalisierung sozialer Gruppen und Themen) durch einen Ausbau des Aktivpasses und durch die Einführung eines eigenen Systems der Individualförderung zu begegnen. Dabei hat Linz die positiven Erfahrungen mit dem Bildungskonto des Landes OÖ mitberücksichtigt.

Zudem ist die Anzahl privaten Bildungsanbieter, privater Kindergärten und privater Schulen in den letzten Jahren stark gestiegen. Sie werden von der

Stadt insofern unterstützt, als sie in jenen Schulen, die infolge der demografischen Entwicklung leer stehen, zu günstigen Konditionen unterkommen können. Nach anfangs starken Protesten der traditionellen Bildungseinrichtungen hat sich mittlerweile eine gewisse Koexistenz eingeschliessen. Punktuell ist es auch schon zu projektbezogenen Kooperationen gekommen. Insgesamt ist der schulische Bereich von Unübersichtlichkeit und stark schwankenden Ausstattungsqualitäten gekennzeichnet. Das schafft zunehmende Orientierungsprobleme für Eltern und SchülerInnen.

Aus wirtschaftlichen Überlegungen hat die Stadt viele Anstrengungen unternommen, um die Internetnutzung für Lernzwecke, Strukturen des e-Learning und Selbststudienzentren zu etablieren. Der Wissensturm im Westen der Stadt – gewissermaßen das volksbildnerische Pendant zum Science Park im Osten – hat sich vor allem im Bereich Medienkompetenz und als Selbstlernzentrum profiliert. Viele SchülerInnen und StudentInnen nutzen ihn für ihre Arbeiten und ihre Weiterbildung. Auch die zusammengelegten Bibliotheks- und Volkshochschulzweigstellen dienen als Selbstlern- und Beratungszentren. Wie Stadtteilbüros dienen sie der lokalen Bevölkerung als allgemeine Anlaufstelle und sind den vielen selbstorganisierten Initiativen ein Partner.

e-Learning und  
Selbststudien-  
zentren

Ein weiteres Projekt der kostengünstigen Verbreiterung von Wissen steckt noch in den Kinderschuhen: der Linzer Bildungskanal. Sein organisatorisch-technisches Rückgrat ist die ebenfalls im Wissensturm untergebrachte Medienwerkstatt Linz; der Linzer Bildungsrat wird als Programmbeirat fungieren, und die diversen Bildungseinrichtungen werden produzieren.

## Forschung

In den Universitäten und allgemein im Bereich Forschung und Entwicklung hat diese Konzentration auf „Exzellenzschwerpunkte“ mittlerweile zu auch international anerkannten Spitzenleistungen geführt. Im Mittelpunkt stehen anwendungsorientierte Bereiche, die mit massiver Unterstützung der Industrie ausgebaut wurden und sich auf „linzspezifische“ Inhalte wie Mechatronik, IKT, Werkstoff-Forschung, Metallurgie oder Medien- und Produktdesign konzentrieren.

Exzellenzschwer-  
punkte in Unis  
und Forschungs-  
bereichen

Als absolut richtig hat sich auch die schon vor Jahren getroffene strategische Entscheidung der Johannes Kepler Universität erwiesen, den bereichs- und fächerübergreifenden Aufbauschwerpunkt „Gender Studies“ zu implementieren und die Gründung des „Gender-net-Linz“, das alle Linzer Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen umfasst, zu forcieren. Jährlich finden hier Tagungen statt, die in der „international scientific community“ als zentral gelten. Vor allem aber die konkreten Veränderungen, die über Projekte mit Betrieben und öffentlichen Einrichtungen umgesetzt wurden, haben Linz als Wissenschaftsstandort und als geschlechtergerechter Stadt ein besonderes Image gegeben.

## Kultur

Einigkeit besteht darüber, dass kulturelle Phänomene in einer zukunftsorientierten Dienstleistungsgesellschaft weit über die Sphäre der Freizeit hinaus wichtig und bedeutsam sind. Daher kennt die Kommune im Feld der Kultur keine Laissez-Faire-Haltung. Nichtmonetäre Anreizsysteme für Kultur- und Künstlerinitiativen versorgen die Bevölkerung mit einem gestreuten Angebot aus unterschiedlichsten Sparten, das den Bedürfnissen engagierter und initiativer BewohnerInnen entspricht. Darüber hinaus sichern die Repräsentationsbedürfnisse wohlhabender Teile der Bevölkerung und ansässiger Firmen ausgewählte Segmente im Bereich der Hochkultur. Hier wird nicht vorrangig auf einem kontinuierlich nachhaltigen Fundament aufgebaut, sondern einer eventhaften Organisation der Vorzug gegeben, wobei durchaus hohe Qualität geboten wird. Auch im Feld der breitenwirksamen Kulturangebote werden zur Unterhaltung und Zerstreung der Bevölkerung Angebote bereitgestellt, die von Sponsoren bei Nutzung kommunaler Dienstleistungen und anderer öffentlicher Hilfestellungen ausgerichtet werden.

Die kommerzialisierten Subzentren (Plus City, Uno Shopping) vervielfachen sich und entstehen an der Peripherie. Sind auch manche Teile der Bevölkerung darüber unglücklich, dass tradierte Kulturbereiche nicht mehr im gewohnten Ausmaß durch die öffentliche Hand subventioniert werden können, ist ein großer Teil der Bevölkerung mit dem Angebot zufrieden.

Die kommunalen Kulturbetriebe und eine wohlorganisierte Kulturstiftung sind aus dem öffentlichen Sektor ausgegliedert worden. Sie steuern mittels klarer Leistungsvereinbarung zwischen Politik und LeistungserbringerInnen das kulturelle Geschehen der Stadt in gewünschter Richtung. Durch Ausgliederung und Leistungsvereinbarung nimmt die Politik die kulturelle Steuerung aus der alltäglichen Auseinandersetzung. Die inhaltlichen Ziele sind in einem sehr breiten Diskussionsprozess konsensual von Kulturschaffenden, ExpertInnen und allen Parteien erarbeitet und im Kulturentwicklungsplan (2000) festgelegt worden. Trotzdem sind bei schrumpfenden Kulturausgaben Auseinandersetzungen um die weiteren Finanzierungen von nicht berücksichtigten Sparten zu erwarten. Die zentralen Chancen für die kulturelle Entwicklung der Stadt Linz sind: Neue Medien, freie Szene, offene Räume.

Gezielt gefördert werden die vorhandenen Stärken, wie sie etwa im Medienbereich vorhanden sind. Gezielte Forschungs- und Entwicklungsarbeit sowie die Vernetzung aller kulturellen Institutionen haben diese Konzentration der Aktivitäten möglich gemacht.

Massiver Unterstützung durch die öffentliche Hand erfreuen sich daher die neuen Medien. Aus einem allgemeinen beruflichen Interesse an neuen Technologien speist sich das Interesse für künstlerische Umsetzung und Problemstellungen in diesem Bereich. Die Kunstuni wird in eine Medienuniversität umgeformt, die „offenen Räume“ werden eventhaft besetzt.

Neue Medien, freie  
Szene,  
offene Räume

Die freie Szene widmet sich entweder den neuen Medien oder den eventhaften offenen Räumen. In diesen Feldern wird sie bevorzugt gefördert. Ein politischer Bereich funktioniert als Antipode zum Mainstream – ein Umstand, der zu einer tendenziellen Radikalisierung und Politisierung der freien Szene (vergleichbar mit der Situation Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre) führt. Die Budgets sind jedoch generell gedeckelt. Kommt ein Kulturanbieter damit nicht zurende, gibt es seit einigen Jahren beispielsweise auch budgetschonende Sperrtage.

Freie Szene mit klaren Schwerpunktsetzungen

Diese Entwicklung eines „freien Marktes“ im Kunst- und Kulturbereich hat jedoch auch negative Aspekte. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde nur mit dünner Mehrheit der Verkauf des Lentos an ein Konsortium kunstinteressierter Unternehmen abgelehnt. In der nächsten Sitzung steht das Angebot einer deutschen Bildungsmarktkette für den Kauf des Wissensturms auf der Tagesordnung.

Nach massiven Schwierigkeiten zu Beginn konnte kürzlich auch der Science Park in Betrieb genommen werden. Wer sich von Osten der Stadt nähert, wird von dem auch architektonisch interessanten Projekt auf Linz eingestimmt. Der Science Park ist nur eines der mittlerweile zahlreichen Beispiele für Public-Private-Partnerships.

## Sport und Wellness

Gleichzeitig mit der Fokussierung weiter Teile des Kulturangebots auf Events erfahren die Individualsportarten einen gewaltigen Boom. Diese Sportarten werden entweder von Einzelnen völlig autonom betrieben oder von privat geführten Einrichtungen Gewinn orientiert angeboten. Es boomen die Freizeitanlagen, die dem Einzelnen die größtmögliche Flexibilität in der Benutzung zugestehen. Im Bereich des Vereinssports etablieren sich nun jene Initiativen, die entsprechende Kreativität und Innovationsbereitschaft mitbringen. Ein in kurzer Zeit zu Buche schlagender hoher körperlicher Effekt, die subjektive Erprobung als Individuum und Subjekt sind die ausschlaggebenden Kriterien. Je nach Einkommensklasse und sozialer Schicht handelt es sich dabei um Sportarten wie Fitness, Nordic Walking, Golf oder Indoor-Klettern. Das Prinzip der Ehrenamtlichkeit erfährt eine neue Definition und professionelle Komponente.

Boom der Individualsportarten

Die öffentlichen Schwimmbäder, die aus Rentabilitätsgründen nicht privat geführt werden können, erweitern als zentrale „Fitnesseinrichtungen“ ihre Leistungs- und Serviceangebote und erreichen somit neue Zielgruppen. Auch die Umlandgemeinden bieten attraktive Sportmöglichkeiten (z.B. Golfen) an. LäuferInnen und SkaterInnen genießen ihren Auslauf entlang der Donau über die Stadtgrenzen hinaus. Das Generali Ladies Open, der Linz Marathon und ähnliche Veranstaltungen sind so ausgebaut worden, dass sie sich unabhängig von staatlichen Zuwendungen selbst tragen müssen. Für die Finanzierung sorgen großteils Sponsoren, die sich davon Werbeeffekte erhoffen; die Stadt Linz stellt die Infrastruktur zur Verfügung.